

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 14.07.2020

Ort: Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, Leonhardplatz, 38102 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 22:15 Uhr

Ratsmitglieder: (in Klammern verhindert)

Herr Bader	Herr Kühn
Herr Bley	(Herr Lehmann)
(Herr Dr. Blöcker)	Herr Manlik
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
Herr Prof. Dr. Dr. Büchs	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Naber
(Herr Dobberphul)	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Herr Rosenbaum
Herr F. Flake	Herr Schatta
Herr Graffstedt	Herr Scherf
Frau Gries	Frau Schneider
Herr M.Hahn	(Herr Scholze)
Frau S. Hahn	Herr Schrader
Frau Hannebohn	Frau Schütze
Herr Hinrichs	Frau Seiffert
Frau vom Hofe	Herr Sommerfeld
Frau Ihbe	Herr Türkmen
Frau Jalyschko	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Weber
Frau Johannes	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	Frau Willimzig-Wilke
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Kornblum
Stadtbaudirektor Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Arbogast
Dezernent Leppa
Stadtrat Herlitschke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2020
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Stand und Perspektive der Schulbildungsberatung Braunschweig - SchuBS 20-13446
 - 3.1.1 Stand und Perspektive der Schulbildungsberatung Braunschweig - SchuBS 20-13446-01
 - 3.2 Teilnahme am Bundeswettbewerb Naturstadt 20-13744
 - 3.3 Städtische Finanzpolitik im Zeichen der Corona-Pandemie: Sachstand und Perspektiven des Haushalts 2020 und der Haushaltsplanung 2021 ff. 20-13666
- 4 Anträge
 - 4.1 Erstellung von Jahresberichten des Rettungsdienstes für die Stadt Braunschweig 20-12982
Antrag der AfD-Fraktion
 - 4.2 Braunschweigs Weg für einen besseren Radverkehr 20-13342
Antrag der SPD-Fraktion
 - 4.2.1 Braunschweigs Weg für einen besseren Radverkehr 20-13342-01
Änderungsantrag zum Antrag 20-13342
Änderungsantrag der CDU-Fraktion
 - 4.2.2 Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" - 20-13342-02
Änderungsantrag zum TOP "Braunschweigs Weg für einen besseren Radverkehr"
Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., BIBS und der Gruppe Die Fraktion P²
 - 4.3 Summer Swim School - Braunschweiger Schülern Schwimmabzeichen ermöglichen trotz Corona 20-13594
Antrag der AfD-Fraktion
 - 4.3.1 Summer Swim School - Braunschweiger Schülern Schwimmabzeichen ermöglichen trotz Corona 20-13594-01
Stellungnahme der Verwaltung
 - 4.4 Durch Corona nicht umsetzbaren Beschluss aufheben 20-13606
Antrag der Fraktion Die Linke.
 - 4.5 Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen 20-13640
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²
 - 4.5.1 Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen 20-13640-01
Stellungnahme der Verwaltung
 - 4.6 Spielbank in der Braunschweiger Innenstadt 20-13641
Antrag der SPD-Fraktion
 - 4.6.1 Spielbank in der Braunschweiger Innenstadt - Änderungsantrag 20-13641-02
Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und

	BIBS	
4.6.2	Spielbank in der Braunschweiger Innenstadt Stellungnahme der Verwaltung	20-13641-01
4.7	Ökostrom in allen städtischen Gesellschaften Antrag der Fraktion Die Linke.	20-13675
4.7.1	Ökostrom in allen städtischen Gesellschaften Stellungnahme der Verwaltung	20-13675-01
4.7.2	Ökostrom in allen städtischen Gesellschaften Stellungnahme der Verwaltung	20-13675-02
4.8	Jetzt wichtige Schulsanierungen auf den Weg bringen! Antrag der CDU-Fraktion	20-13696
4.8.1	Jetzt wichtige Schulsanierungen auf den Weg bringen! Stellungnahme der Verwaltung	20-13696-01
4.9	Regenbogenflagge auf den Europaplatz Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	20-13737
4.9.1	Änderungsantrag zum Antrag Regenbogenflagge auf den Europa- platz Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P ²	20-13858
4.10	Rat zieht Entscheidung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters-Im- mobilie" an sich Antrag der BIBS-Fraktion	20-13738
4.10.1	Rat zieht Entscheidung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters-Im- mobilie" an sich und übt das Vorkaufsrecht nicht aus Änderungsantrag zum Antrag 20-13738 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	20-13738-02
4.10.2	Änderungsantrag zu 20-13738-02 (TOP 4.10): Rat zieht Entschei- dung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters- Immobilie" an sich Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	20-13860
4.10.3	Änderungsantrag zu 20-13738-02 (TOP 4.10): Rat zieht Entschei- dung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters- Immobilie" an sich Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	20-13861
4.10.4	Rat zieht Entscheidung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters-Im- mobilie" an sich Stellungnahme der Verwaltung	20-13738-01
4.11	Umgang mit belasteten Denkmalen in der Stadt Antrag der BIBS-Fraktion	20-13807
5	Umbesetzung In Ausschüssen - Entsendung von Bürgermitgliedern	20-13748
6	Verleihung des Ehrenbürgerrechtes	20-13755
7	Berufung von einem Ortsbrandmeister und von einem Stellvertre- tenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis	20-13562
8	Änderung der Taxentarifordnung	20-13460
9	Beschluss über den Jahresabschluss 2018 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommu- nalverfassungsgesetz (NKomVG)	20-13299

10	Beschluss über den Jahresabschluss 2018 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	20-13548
11	Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2018 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	20-13549
12	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	20-13555
13	Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-13656
13.1	Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-13656-01
13.2	Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-13656-02
14	Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Allianz für die Region GmbH	20-13556
15	Bestellung eines Vertreters im Aufsichtsrat der Braunschweiger-Verkehrs GmbH	20-13654
16	Änderung der Hundesteuersatzung	19-11772
16.1	Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-13841
16.1.1	Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 Stellungnahme der Verwaltung	20-13841-01
17		
17.1	Abschluss eines Kooperationsvertrages über die Pilotierung des Projekts "Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam"	20-13644
17.1.1	Abschluss eines Kooperationsvertrages über die Pilotierung des Projekts "Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam"	20-13644-02
17.2	Keine Unterbringung alkoholischer Menschen in Polizeigewahrsam Antrag der Fraktion Die Linke.	20-13802
17.2.1	Änderungsantrag zu 20-13802: Keine Unterbringung alkoholischer Menschen in Polizeigewahrsam Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	20-13857
18	6. IGS: Neubau einer Vier-Fach-Sporthalle	20-13761
19	Vergabe der Betriebsträgerschaft für die neue Kindertagesstätte "Stöckheim-Süd"	20-13412
20	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2020/2021	20-13126

21	Haushaltsoptimierung: Förderung von Kindertagesstätten der freien Träger von Kindertagesstätten und Eltern-Kind-Gruppen - Familiengruppen	20-13127
22	Neufassung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) für die Kinder- und Teenyklubs (KTK), Einrichtungen der Schulkindbetreuung in und an Schulen sowie die KoGS-Betreuungsgruppen der Stadt Braunschweig	20-13130
23	Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall	20-12849
23.1	Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall	20-12849-01
23.2	Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall	20-12849-02
23.3	Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall - Änderungsantrag zu DS 20-12849-01 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-13328
23.4	Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall - Änderungsantrag zu DS 20-12849-02 und 20-13605 Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	20-13784
24	Fortschreibung des Mietspiegels 2018	20-13098
25	Förderprogramm für Lastenräder und Lastenpedelecs	20-13573
26	Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag	20-13613
26.1	Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag	20-13613-01
27	Bebauungsplan Rheingoldstraße / Zum Ölpersee, HA 140 Stadtgebiet beiderseits der Rheingoldstraße sowie nördlich der Straße Zum Ölpersee Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	20-13544
28	Braunschweiger Naturschutzpreis; Verlängerung der Auslobungsfrist bzw. Verschiebung des Naturschutzpreises in das Jahr 2021 als Folge der Corona-Pandemie	20-13623
29	Errichtung von Erweiterungsbauten für die Gymnasien Ricarda-Huch-Schule und Neue Oberschule Grundsatzbeschluss und weiteres Vorgehen	20-13632
30	Anmietung Business Center III - Nutzerspezifische zusätzliche Ausbauten	20-13800
31	Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
31.1	Entzerrung des Radverkehrs während der Sommerferien Antrag der Fraktion Die Linke.	20-13676
31.1.1	Entzerrung des Radverkehrs während der Sommerferien Stellungnahme der Verwaltung	20-13676-01
31.2	Kataster für mögliche Pocketparks	20-13705

	Antrag der Fraktion Die Linke.	
31.2.1	Kataster für mögliche Pocketparks - Änderungsantrag zu DS 23-13705 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-13806
31.3	Klimatische Auswirkung von Beschlüssen transparent darstellen Antrag der Fraktion Die Linke.	20-13706
31.3.1	Klimatische Auswirkung von Beschlüssen transparent darstellen - Änderungsantrag zu DS 13706 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-13805
31.3.2	Klimatische Auswirkung von Beschlüssen transparent darstellen: Änderungsantrag zu DS 20-13706 Änderungsantrag der FDP-Fraktion	20-13826
31.4	Resolution: Keine Entsendung von Braunschweiger Polizisten nach Berlin Antrag der AfD-Fraktion	20-13783
31.4.1	Resolution: Keine Entsendung von Braunschweiger Polizisten nach Berlin Stellungnahme der Verwaltung	20-13783-01
31.5	Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten Antrag der SPD-Fraktion	20-13799
31.5.1	Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten Stellungnahme der Verwaltung	20-13799-01
31.6	BSVG: Busse und Stadtbahnen nachrüsten Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	20-13810
32	Anfragen	
32.1	Zukunftskonzept für unsere Städtische Musikschule Anfrage der CDU-Fraktion	20-13811
32.1.1	Zukunftskonzept für unsere Städtische Musikschule Stellungnahme der Verwaltung	20-13811-01
32.2	Einhaltung von Corona-Auflagen bei Demonstrationen in Braunschweig? Anfrage der AfD-Fraktion	20-13695
32.2.1	Einhaltung von Corona-Auflagen bei Demonstrationen in Braunschweig? Stellungnahme der Verwaltung	20-13695-01
32.3	Neue Handlungsfelder durch kontinuierliche Erhebung von Sozialdaten Anfrage der Fraktion Die Linke	20-13801
32.3.1	Neue Handlungsfelder durch kontinuierliche Erhebung von Sozialdaten Stellungnahme der Verwaltung	20-13801-01
32.4	Freystraße Süd: Wilde Müllkippe und Einsatz von Herbiziden? Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	20-13808
32.4.1	Freystraße Süd: Wilde Müllkippe und Einsatz von Herbiziden? Stellungnahme der Verwaltung	20-13808-01

32.5	Dächer mit asbesthaltigen Faserzementplatten Anfrage der AfD-Fraktion	20-13742
32.5.1	Dächer mit asbesthaltigen Faserzementplatten Stellungnahme der Verwaltung	20-13742-01

Nichtöffentlicher Teil:

- 33 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
34 Mitteilungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er weist daraufhin, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.6: Spielbank in der Braunschweiger Innenstadt:
Änderungsantrag 20-13641-02
- Zu TOP 4.7: Ökostrom in allen städtischen Liegenschaften:
Stellungnahme 20-13675-02
- Zu TOP 4.9: Regenbogenflagge auf dem Europaplatz:
Änderungsantrag 20-13858
- Zu TOP 4.10: Rat zieht Weiterverkauf der „Wolter-Immobilie“ an sich:
Änderungsanträge 20-13738-02, 20-13860 und 20-13861
- Zu TOP 16: Änderung der Hundesteuersatzung:
Änderungsantrag 20-13841 und Stellungnahme 20-13841-01
- Zu TOP 17.1: Pilotprojekt Ausnüchterung intoxikierter Personen:
Vorlage 20-13644-02
- Zu TOP 17.2: Keine Unterbringung alkoholischer Menschen in Polizeigewahrsam:
Änderungsantrag 20-13857
- Zu TOP 30: Anmietung Business Center III – Nutzerspezifische zusätzliche Ausbauten:
Vorlage 20-13800
- Zu TOP 31.3: Klimatische Auswirkung von Beschlüssen transparent darstellen:
Änderungsantrag 20-13826
- Zu TOP 31.5: Erstellung eines Konzeptes zur Durchführung eines Weihnachtsmarktes in Corona-Zeiten:
Stellungnahme 20-13799-01

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass der Ältestenrat empfiehlt, die unter TOP 3.3 aufgeführte Mitteilung 20-13666 „Städtische Finanzpolitik im Zeichne der Corona-Pandemie: Sachstand und Perspektive des Haushalts 2020 und der Haushaltsplanung 2021ff.“ aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam mit dem unter TOP 4.4 aufgeführten Antrag 20-13606 „Durch Corona nicht umsetzbaren Beschluss aufheben“ zu beraten. Er kündigt weiter an, dass in der Pause der Verwaltungsausschuss zur Vorberatung über die Vorlage 20-13800 tagt und je nach dem Beratungsergebnis die Beratung von TOP 30 der heutigen Ratssitzung vorgezogen wird.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt weiter, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur TOP 34 – Mitteilungen vorgesehen ist und schriftliche nichtöffentliche Mitteilungen bisher nicht vorliegen, so dass die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren. Er lässt anschließend über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2020

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 19.05.2020 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Stand und Perspektive der Schulbildungsberatung Braunschweig - SchuBS	20-13446
3.1.1. Stand und Perspektive der Schulbildungsberatung Braunschweig - SchuBS	20-13446-01

Ergebnis:

Die Mitteilung 20-13446 wird zur Kenntnis genommen.

Die Mitteilung 20-13446-01 wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Teilnahme am Bundeswettbewerb Naturstadt	20-13744
--	-----------------

Ergebnis:

Die Mitteilung 20-13744 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Erstellung von Jahresberichten des Rettungsdienstes für die Stadt Braunschweig Antrag der AfD-Fraktion	20-12982
--	-----------------

Ratsherr Scherf bringt den Antrag 20-12982 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen, dass zukünftig regelmäßige Jahresberichte in Zusammenarbeit der Verwaltung und dem Fachbereich Feuerwehr mit den Trägern der hier ansässigen Rettungsdienstleister, beginnend mit dem Jahr 2019, erstellt werden. Sie sollen folgende Punkte beinhalten:

- (1) Berichte der Leistungserbringer
- (2) Stellungnahme des Trägers zu den Berichten der Leistungserbringer
- (3) Bericht zur Abrechnung für den Rettungsdienstbereich
- (4) Stellungnahme des Trägers inklusive Bericht des Ärztlichen Leiters zur Gesamtsituation im Rettungsdienstbereich
- (5) Abrechnung für den Rettungsdienstbereich
- (6) Einsatzstatistik
- (7) Kennzahlen

Abstimmungsergebnis:
bei 5 Fürstimmen abgelehnt

4.2. Braunschweigs Weg für einen besseren Radverkehr Antrag der SPD-Fraktion	20-13342
4.2.1. Braunschweigs Weg für einen besseren Radverkehr Änderungsantrag zum Antrag 20-13342 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	20-13342-01
4.2.2. Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" - Änderungsantrag zum TOP "Braunschweigs Weg für einen bes- seren Radverkehr" Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die linke., BIBS und der Gruppe Die Fraktion P²	20-13342-02

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-13342 die Änderungsanträge 20-13342-01 und 20-13342-02 vorliegen und der Änderungsantrag 20-13342-02 den Antrag 20-13342 ersetzt. Ratsfrau Pam bringt den Änderungsantrag 20-13342-02 ein und begründet diesen. Ratsherr Hinrichs bringt den Änderungsantrag 20-13342-01 ein, begründet diesen und beantragt getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorweges. Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrages 20-13342-01 einzeln zur Abstimmung. Anschließend lässt er über den Änderungsantrag 20-13342-02 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 20-13342-01

1. Die im Ursprungsantrag der SPD aufgeführten Punkte werden im Rahmen der Erstellung des Mobilitätsentwicklungsplans geprüft und fließen gegebenenfalls dort ein.
2. Als Ergebnis des ADFC-Fahrradklimatests 2018 werden schnellstmöglich folgende Maßnahmen zur Stärkung des Fahrradverkehrs umgesetzt:
 - Der Zentrale Ordnungsdienst wird beauftragt Falschparker auf Radwegen verstärkt zu ahnden.
 - Die Verkehrs-GmbH wird gebeten zu prüfen, wie die Mitnahme von Fahrrädern im ÖP-NV verbessert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:
Ziffer 1: bei Fürstimmen abgelehnt
Ziffer 2: bei einer Enthaltung beschlossen

Beschluss Änderungsantrag 20-13342-02:

1. Der Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ wird als zentrale Arbeitsgrundlage der Verwaltung für Radverkehrsplanungen beschlossen.
2. Die in dem Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ definierten sieben Ziele bilden den zukünftigen Orientierungs- und Entscheidungsrahmen für Rat und Verwaltung im kommunalen Handlungsfeld „Radverkehr“ und dienen als Richtschnur für das zukünftige Verwaltungshandeln.
3. Zur Erreichung der genannten Ziele soll die Rahmenplanung als Teil des Mobilitätsentwicklungsplans mit einer möglichst detaillierten Finanzplanung bis zum 30. Juni 2023 abgeschlossen werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ beschriebenen Projekte und Maßnahmen, teilweise in Kooperation mit anderen Akteuren, sukzessive bis zum Jahr 2030 umzusetzen.
5. Für die Umsetzung der einzelnen Projekte und Maßnahmen sind ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen einzuplanen, damit diese Ziele bis 2030 erreicht werden.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Zielerreichung und den Stand der Umsetzung der Maßnahmen jährlich zu berichten.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit den Radverbänden noch im Jahr 2020 eine konkrete Veloroute als erstes Pilotprojekt auszuwählen. Die notwendigen Planungsmittel sind in den Haushaltsplan 2021 einzustellen.
8. Der Planungsauftrag für die im Ziele- und Maßnahmenkatalog unter Nummer 8.1 beschriebene Maßnahme zur Uferstraße/Feuerwehrstraße ist noch im Jahr 2020 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

bei Enthaltungen beschlossen

4.3. Summer Swim School - Braunschweiger Schülern Schwimmabzeichen ermöglichen trotz Corona Antrag der AfD-Fraktion	20-13594
4.3.1. Summer Swim School - Braunschweiger Schülern Schwimmabzeichen ermöglichen trotz Corona Stellungnahme der Verwaltung	20-13594-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-13594 die Stellungnahme 20-13594-01 vorliegt. Ratsherr Wirtz bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 20-13594 abstimmen.

Beschluss

Die Verwaltung organisiert zu den Sommerferien 2020, dass Braunschweiger Schüler - mit Hilfe von Sportvereinen und dem DLRG - das "Deutsche Schwimmabzeichen Bronze" ablegen können.

1. Dazu werden durch Anweisung oder Vereinbarung die Hallen- und Freibäder geöffnet bzw. Bahnen reserviert.
2. Die Verwaltung stellt Kontakt zu den Braunschweiger Schwimmsportvereinen her und klärt deren Bereitschaft, sich an diesem Vorhaben personell zu beteiligen.
3. Die Möglichkeit, während der Coronaphase nicht abgerufene BuT-Mittel (z.B. Essensgelder) als Aufwandsentschädigung an teilnehmende Vereine und DLRG auszuzahlen, soll überprüft werden, ebenso der Einsatz von Mitteln für reservierte Bahnen des Schulschwimmens, die in der Schließungszeit nicht genutzt werden konnten.
4. Der Fachbereich Schule informiert die Grundschulen, insbesondere die Klassen mit regelmäßig für dieses Halbjahr angesetztem, aber wegen der Umstände ganz oder teilweise ausgefallenen Schwimmunterricht, über dieses Vorhaben und sorgt für das entsprechende Angebot an den Schulen.
5. Der Fachbereich Schule fragt die Interessenten für ein Sommerferienangebot zum Erwerb des Bronze-Schwimmabzeichens ab, sammelt die Rückmeldungen und koordiniert DLRG, Vereine, Bäder und Interessenten. Zu letzteren zählen auch Lehr- und Betreuungskräfte, die bei der nachgeholten Schwimmausbildung mitwirken wollen und dazu befähigt sind.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13594-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 3.3. Städtische Finanzpolitik im Zeichen der Corona-Pandemie: Sachstand und Perspektiven des Haushalts 2020 und der Haushaltplanung 2021 ff.** 20-13666
- 4.4. Durch Corona nicht umsetzbaren Beschluss aufheben Antrag der Fraktion Die Linke.** 20-13606

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die gemeinsame Beratung des Antrages 20-13606 und der Mitteilung 20-13666 hin. Zu Beginn der gemeinsamen Beratung bringt Ratsherr Sommerfeld den Antrag ein und begründet diesen. Nach der Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Antrag 20-13606 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ratsbeschluss „Nachhaltige strategische Haushaltssteuerung“ vom 18. Dezember 2018 zum Haushalt 2019 wird für den Teilbereich Haushaltkskonsolidierung aufgehoben. Die Verwaltung wird gebeten, bis spätestens zum 3. Quartal 2020 darzustellen, wie sich vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie die Finanzsituation der Stadt Braunschweig bis 2026 entwickelt.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt

Ergebnis:

Die Mitteilung 20-13666 wird zur Kenntnis genommen.

- 4.5. Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen Antrag der Gruppe Die Fraktion P²** 20-13640
- 4.5.1. Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen Stellungnahme der Verwaltung** 20-13640-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-13640 eine geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses und die Stellungnahme 20-13640-01 vorliegen. Ratsherr Hahn bringt den Antrag mit dem geänderten Beschlussvorschlag ein, begründet diesen und beantragt die Abstimmung über die geänderte Fassung. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag in geänderter Fassung abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Rat der Stadt Braunschweig bittet den Oberbürgermeister, kurzfristig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit

- strassenbegleitende **Verkehrsflächen** in unmittelbarer Nähe von örtlichen Gastronomiebetrieben auf Antrag temporär zu Freiflächen für die Außengastronomie genutzt werden können.
- Sofern für diese temporäre Umwidmung Nutzungsgebühren anfallen, sind diese für das Jahr 2020 – 2021 **ermäßigt zu erheben**.
- Über diese neue Möglichkeit und das entsprechende Antragsverfahren wird die Stadt Braunschweig aktiv auf ihrer Internetpräsenz und via Pressemitteilung informieren.
- Die Freigabe der Flächen erfolgt erst nach Prüfung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs vor Ort **und nur temporär**.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Enthaltungen geändert beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13640-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.6. Spielbank in der Braunschweiger Innenstadt Antrag der SPD-Fraktion	20-13641
4.6.1. Spielbank in der Braunschweiger Innenstadt - Änderungsantrag Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BIBS	20-13641-02
4.6.2. Spielbank in der Braunschweiger Innenstadt Stellungnahme der Verwaltung	20-13641-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zum Antrag 20-13641 vorliegende Stellungnahme 20-13641-01 hin und erklärt, dass der Antrag 20-13641 durch den Änderungsantrag 20-13641-02 ersetzt wird. Ratsfrau Schütze bringt den Änderungsantrag 20-13641-02 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 20-13641-02 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 20-13641-02:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Nebenbestimmungen zur Baugenehmigung für die geplante Spielbank Braunschweig durch geeignete Auflagen einen möglichen schleichen Wandel in Richtung Spielhalle, z. B. durch Verringerung des Tischspielanteils, zu verhindern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Baugenehmigungsverfahren sicherzustellen, dass in Bezug auf das äußere Erscheinungsbild der Spielbank städtebauliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden, die z. B. das Abkleben der Fenster mit Folie nicht erlauben.
3. Die Verwaltung wird gebeten, in Gespräche mit der Spielbanken Niedersachsen GmbH einzutreten, um bei dieser zu erreichen, dass die Zahl der in der geplanten Spielbank Braunschweig aufgestellten Spielautomaten freiwillig begrenzt wird.
4. Im Sinne des Präventionsgedankens soll die Verwaltung im Rahmen ihrer Kommunikation, z. B. auf der städtischen Website, auf das suchtgefährdende Potenzial eines Besuches in der Spielbank hinweisen.
5. Die Verwaltung wird außerdem gebeten, zu prüfen, ob im Zuge der Anwendung des Bauungsplans „Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt“, IN 251, die Ansiedlung von Spielhallen und Wettbüros in einem Umkreis von mindestens 100 Metern um die geplante Spielbank ausgeschlossen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13641-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.7. Ökostrom in allen städtischen Gesellschaften Antrag der Fraktion Die Linke.	20-13675
4.7.1. Ökostrom in allen städtischen Gesellschaften Stellungnahme der Verwaltung	20-13675-01
4.7.2. Ökostrom in allen städtischen Gesellschaften Stellungnahme der Verwaltung	20-13675-02

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu dem Antrag 20-13675 vorliegenden Stellungnahmen 20-13675-01 und 20-13675-02 hin. Ratsherr Sommerfeld bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 20-13675 abstimmen.

Beschluss:

Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen der städtischen Gesellschaften, die nicht bereits zu 100% Ökostrom beziehen, werden angewiesen, in den Gesellschafterversammlungen den folgenden Beschluss zu fassen: „Die Stromversor-

gung wird zum nächstmöglichen Termin vollständig auf Ökostrom umgestellt."

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13675-01 wird zur Kenntnis genommen.

Die Stellungnahme 20-13675-02 wird zur Kenntnis genommen.

4.8. Jetzt wichtige Schulsanierungen auf den Weg bringen! 20-13696
Antrag der CDU-Fraktion

4.8.1. Jetzt wichtige Schulsanierungen auf den Weg bringen! 20-13696-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zum Antrag 20-13696 vorliegende Stellungnahme 20-13696-01 hin und erklärt, dass zu dem Antrag eine geänderte Beschlussempfehlung der Fachausschüsse vorliegt. Ratsfrau Keller bringt den Antrag in geänderter Fassung ein. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Absätze des Beschlussvorschlages in geänderter Fassung einzeln abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Beschluss des Antrages "Neues PPP-Projekt zur Sanierung unserer Schulen" (FU zum Haushalt 2017) wird aufgehoben.

Die Verwaltung leitet alternativ **ergänzend zu den bereits vorgesehenen Neubauten in alternativer Beschaffung auch ein Projekt für die verlässliche Sanierung von mindestens vier Schulen Schulen in alternativer Beschaffung ein. Die Auswahl dieser Schulen erfolgt nach fachlichen Kriterien.**

Die Auswahl der betreffenden Schulen ist schnellstmöglich vorzunehmen, die Sanierungen sind dann durchgängig durchzuführen. Bis zum jeweiligen Beschluss ermittelt die Verwaltung, ob die Sanierung über PPP oder durch einen erweiterten Totalunternehmer erfolgen soll. Die Baumaßnahmen beinhalten neben der Sanierung auch alle **baulich** notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Digitalisierung und - so noch nicht geschehen - der Ganztagsbetreuung.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Absatz 1: bei Enthaltungen beschlossen

Absatz 2: bei Gegenstimmen beschlossen

Absatz 3: bei Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13696-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.9. Regenbogenflagge auf den Europaplatz 20-13737
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²

4.9.1. Änderungsantrag zum Antrag Regenbogenflagge auf den Europaplatz 20-13858
Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P²

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der Antrag 20-13737 durch den Änderungsantrag 20-13858 ersetzt wird. Ratsherr Bley bringt den Änderungsantrag 20-13858 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 20-13858 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 20-13858:

Mit dem Ziel,

- die Verbundenheit aller Menschen, die den Wunsch nach einem vielfältigen, friedlichen Miteinander teilen, auszudrücken und

- ein Zeichen gegen Gewalt und Diskriminierung zu setzen,

ersucht der Rat der Stadt Braunschweig die Verwaltung selbiger

- eine Regenbogenflagge auf dem Europaplatz zu hissen, die bis auf weiteres dort verbleiben möge. Zukünftig sollte sie im Belieben der Verwaltung lediglich intermittierend durch eine andere Flagge ersetzt werden. Sie möge zur Normalität werden.

Die Verwaltung möge dies bitte möglichst zeitnah umsetzen, spätestens jedoch zu Beginn des Sommerloch Festivals.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Gegenstimmen beschlossen

4.10. Rat zieht Entscheidung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters-Immobilie" an sich Antrag der BIBS-Fraktion	20-13738
4.10.1. Rat zieht Entscheidung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters-Immobilie" an sich und übt das Vorkaufsrecht nicht aus Änderungsantrag zum Antrag 20-13738 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	20-13738-02
4.10.2. Änderungsantrag zu 20-13738-02 (TOP 4.10): Rat zieht Entscheidung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters-Immobilie" an sich Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	20-13860
4.10.3. Änderungsantrag zu 20-13738-02 (TOP 4.10): Rat zieht Entscheidung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters-Immobilie" an sich Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	20-13861
4.10.4. Rat zieht Entscheidung bezüglich Weiterverkauf der "Wolters-Immobilie" an sich Stellungnahme der Verwaltung	20-13738-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die vorliegenden Änderungsanträge 20-13738-02, 20-13860 und 20-13861 sowie die Stellungnahme 20-13738-01 hin und erklärt, dass der Änderungsantrag 20-13861 den Änderungsantrag 20-13860 ersetzt. Er macht darauf aufmerksam, dass in der öffentlichen Aussprache keine Einzelheiten wie z.B. der Kaufpreis aus dem Grundstückskaufvertrag zitiert werden dürfen. Ratsherr Rosenbaum bringt den Änderungsantrag 20-13861 ein und begründet diesen. Der Änderungsantrag 20-13738-02 wird von Ratsherr Merfort eingebracht und begründet. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 20-13861 und anschließend über den Änderungsantrag 20-13738-02 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 20-13861:

"Die Ziffer 2 des CDU-Änderungsantrags 20-13738-02 zum Vorkaufsrecht aus den Wolters-Verträgen wird zurückgestellt und erst abgestimmt, wenn Klarheit herrscht, welches Vorkaufsrecht aus welchem der Verträge gemeint ist."

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss Änderungsantrag 20-13738-02:

1. Der Rat zieht die weitere Entscheidung in Sachen "Wolters-Immobilie" bezüglich des Vorkaufsrechts (für den bereits angekündigten Weiterverkauf) der Immobilie an sich.
2. Das Vorkaufsrecht wird nicht ausgeübt.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13738-01 wird zur Kenntnis genommen.

**4.11. Umgang mit belasteten Denkmalen in der Stadt
Antrag der BIBS-Fraktion****20-13807**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss empfiehlt, den Antrag 20-13807 zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zu verweisen. Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag ein, begründet diesen und beantragt, den Antrag zur Beratung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zu verweisen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 20-13807 wird zur Beratung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

bei 3 Gegenstimmen beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung von 17:50 Uhr bis 18:25 Uhr für eine Pause.

**5. Umbesetzung In Ausschüssen
- Entsendung von Bürgermitgliedern****20-13748****Beschluss:**

1. Ausschuss für Integrationsfragen:

Frau Yesim Cil wird anstelle von Frau Zerrin Öznur als Bürgermitglied in den Ausschuss für Integrationsfragen entsandt.

2. Bauausschuss:

Herr Dr. Helge Wendenburg wird anstelle des verstorbenen Herrn Günter Klatt als Bürgermitglied in den Bauausschuss entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Verleihung des Ehrenbürgerrechtes**20-13755**

Oberbürgermeister Markurth bringt die Vorlage 20-13755 ein und begründet den Vorschlag. Er skizziert den Lebenslauf und die besondere Persönlichkeit des für die Ehrenbürgerschaft vorgeschlagenen Sally Perel. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

„Herrn Salomon Perel wird in Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Braunschweig das Ehrenbürgerrecht verliehen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann übernimmt die Leitung der Sitzung.

Die Einwohnerfragestunde findet von 18:45 Uhr bis 18:58 Uhr statt. Anschließend wird die Beratung mit Behandlung von TOP 7 der Tagesordnung fortgesetzt.

7. Berufung von einem Ortsbrandmeister und von einem Stellver-**20-13562**

tretenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Ifd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Veltenhof	Ortsbrandmeister	Toch, Bastian
2	Veltenhof	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Drachau, Torsten

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. Änderung der Taxentarifordnung

20-13460

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Vorlage 20-13460 abstimmen.

Beschluss:

„Die als Anlage beigelegte Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Braunschweig (Taxentarifordnung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

9. Beschluss über den Jahresabschluss 2018 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

20-13299

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Sondervermögens Pensionsfonds durch den Leiter gemäß § 129 Abs. 1 NComVG sowie aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2018 wird der Jahresabschluss 2018 beschlossen.
2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2018 wird folgende Genehmigung erteilt:

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von **5.048.853,33 EUR** wird auf Rechnung des Haushaltjahrs 2019 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 6 NComVG der zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Beschluss über den Jahresabschluss 2018 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

20-13548

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NComVG des Jahresabschlusses 2018 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2018 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch den Finanzdezernenten und des Jahresabschlusses 2018 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch den Stadtbaurat und aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2018 wird der Jahresabschluss 2018 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2018 werden folgende Genehmigungen erteilt:

2.1. Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 10.499.203,75 € wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 130.637.935,83 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 6.515.819,89 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2019 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 105.920.126,25 €.

2.2 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement beträgt für das Haushalt Jahr 2018 vor Zuschuss durch die Stadt Braunschweig 2.658.382,19 €. Die Stadt Braunschweig hat einen Zuschuss in Höhe von 2.080.066,83 € gezahlt. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 578.315,36 € wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO mit dem Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe

von 578.315,36 € verrechnet. Somit ergibt sich insgesamt ein ausgeglichenes Ergebnis.

2.3 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushalt Jahr 2018 in Höhe von 2.606.334,60 € wird auf die Rechnung des Haushaltjahres 2019 vorgetragen. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 2.217.969,81 € wird aus dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich ausgeglichen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 10.872.078,50 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 388.364,79 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen, da keine Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen oder des außerordentlichen Ergebnisses mehr vorhanden sind.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushalt Jahr 2018 in Höhe von 297.060,35 € wird auf die Rechnung des Haushaltjahres 2019 vorgetragen und aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Sonstigen Rücklage in Höhe von 21.736.798,62 €.

2.4 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushalt Jahr 2018 in Höhe von 1.246.615,02 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2019 vorgetragen. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 1.385.143,64 € wird dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 5.635.409,41 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 138.528,62 € wird zu einem Anteil von 124.002,61 € gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch die vorhandene Überschussrücklage gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 0,00 €. Der verbleibende Fehlbetrag in

Höhe von 14.526,01 € wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch den Überschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis gedeckt.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 25.869,14 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2019 vorgetragen. Ein Teilbeitrag in Höhe von 14.526,01 € wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO zur Abdeckung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 11.343,13 € wird dann der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 269.590,49 €.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 11. Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2018 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)**

20-13549

Oberbürgermeister Markurth ist bei der Beratung und Beschlussfassung der Vorlage 20-13549 nicht anwesend.

Beschluss:

„Dem Oberbürgermeister wird gemäß § 129 NKomVG Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 12. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €**

20-13555

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 13. Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**

20-13656

- 13.1. Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**

20-13656-01

- 13.2. Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**

20-13656-02

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann weist auf die vorliegenden Ergänzungen 20-13656-01 und 20-13656-02 hin und stellt diese gemeinsam mit der Vorlage 20-13656 zur Abstimmung.

Beschluss Vorlagen 20-13656, 20-13656-01 und 20-13656-02 :

Den in den Vorlagen 20-13656, 20-13656-01 und 20-13656-02 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

14. Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Allianz für die Region GmbH 20-13556

Beschluss:

Zur Wahl in den Aufsichtsrat der Allianz für die Region GmbH schlägt die Gesellschafterin Stadt Braunschweig

Herrn Oberbürgermeister Ulrich Markurth

(Wahl gemäß § 67 NKomVG)

vor. Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Allianz für die Region GmbH wird angewiesen, sich in der Gesellschafterversammlung für die Durchsetzung dieses Vorschlags einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

15. Bestellung eines Vertreters im Aufsichtsrat der Braunschweiger-Verkehrs GmbH 20-13654

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, alle Maßnahmen zu ergreifen, Herrn Stadtrat Holger Herlitschke von der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH aus deren Aufsichtsrat abzuberufen und

Herrn Dr.-Ing. Frank Schröter

als erfahrene Persönlichkeit aus Wirtschaft, Bankwesen oder freien Berufen von der Gesellschafterversammlung zum Aufsichtsratsmitglied der Braunschweiger Verkehrs-GmbH wählen zu lassen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen beschlossen

16. Änderung der Hundesteuersatzung 19-11772

16.1. Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 20-13841

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16.1.1. Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 20-13841-01

Stellungnahme der Verwaltung

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann weist auf den vorliegenden Änderungsantrag 20-13841 und die dazugehörige Stellungnahme 20-13841-01 hin. Ratsherr Flake beantragt unter Hinweis auf die Stellungnahme der Verwaltung, die Vorlage zur Beratung in den Finanz- und Personalausschuss zu verweisen. Anschließend lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss (geändert):

Die Vorlage wird zur Beratung in den Finanz- und Personalausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

bei 1 Enthaltung beschlossen

Beschluss (geändert):

Der Änderungsantrag 20-13841 wird zur Beratung in den Finanz- und Personalausschuss

verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):
bei 1 Enthaltung beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13841-01 wird zur Kenntnis genommen.

- | | |
|---|--------------------|
| 17.1. Abschluss eines Kooperationsvertrages über die Pilotierung des Projekts "Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam" | 20-13644 |
| 17.1.1. Abschluss eines Kooperationsvertrages über die Pilotierung des Projekts "Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam" | 20-13644-02 |
| 17.2. Keine Unterbringung alkoholisierter Menschen in Polizeigewahrsam | 20-13802 |
| Antrag der Fraktion Die Linke. | |
| 17.2.1. Änderungsantrag zu 20-13802: Keine Unterbringung alkoholisierter Menschen in Polizeigewahrsam | 20-13857 |
| Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. | |

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann stellt fest, dass die Vorlagen 20-13644 und 20-13644-02 unter TOP 17.1 gemeinsam mit dem Antrag 20-13802 und dem Änderungsantrag 20-13857 unter TOP 17.2 beraten werden. Erster Stadtrat Geiger bringt die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 20-13644-02 ein, gibt einen kurzen Überblick über das Pilotprojekt und nimmt Bezug auf die Vorberatung dieses Themas und die dabei entstandenen Fragestellungen. Anschließend bringt Ratsherr Sommerfeld den Änderungsantrag 20-13857 ein und begründet diesen. Nach der Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann zunächst über den Änderungsantrag 20-13857 und anschließend über die Vorlage in der Fassung 20-13644-02 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 20-13857:

Der Rat möge beschließen: Die Stadt Braunschweig beteiligt sich nicht an einem zweijährigen Pilotprojekt zur Ausnüchterung von stark alkoholisierten Menschen im Polizeigewahrsam. Statt dessen soll zeitnah ein Sicherheitskonzept für das Klinikum Braunschweig entwickelt und umgesetzt werden. Durch dieses Sicherheitskonzept sollen Gefährdungen der Beschäftigten des Klinikums sowohl durch intoxikierte als auch durch andere gewaltbereite Personen zukünftig vermieden werden. Falls die Bereitschaft dazu besteht, kann die Polizei in das zukünftige Sicherheitskonzept eingebunden werden.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen abgelehnt

Beschluss Vorlage 20-13644-02:

1. Die Stadt Braunschweig beteiligt sich an dem zweijährigen Pilotprojekt zur Ausnüchterung von intoxikierten Menschen im Polizeigewahrsam. Dazu wird die in der Anlage befindliche Kooperationsvereinbarung für den Zeitraum 1. Oktober 2020 bis 30. September 2022 mit der Polizeidirektion Braunschweig, dem Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH und der Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH abgeschlossen.
2. Es erfolgt nach 6 Monaten ein Sachstandsbericht zum bisherigen Verlauf des Pilotprojektes als Mitteilung an die politischen Gremien.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

- | | |
|--|-----------------|
| 18. 6. IGS: Neubau einer Vier-Fach-Sporthalle | 20-13761 |
|--|-----------------|

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Vorlage 20-13761 abstimmen.

Beschluss:

Dem aus der Anlage ersichtlichen Raumprogramm für eine Vier-Fach-Sporthalle für die 6. IGS am Standort Tunica-Gelände wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen beschlossen

- 19. Vergabe der Betriebsträgerschaft für die neue Kindertagesstätte "Stöckheim-Süd" 20-13412**

Beschluss:

„Die Betriebsträgerschaft für die neue Kindertagesstätte „Stöckheim-Süd“ wird an die Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH vergeben.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 20. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkind-betreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2020/2021 20-13126**

Beschluss:

1. Den in den Anlagen A und B dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2020/2021 wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Angebotsanpassungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie eventuell noch darüber hinaus erforderliche Gruppenveränderungen kostenneutral umzusetzen.

3. Stellen sich zu Beginn des neuen Kindergarten- bzw. Schuljahres derzeit noch nicht erkennbare Änderungen in der Belegungssituation dar, so sollen Angebotsanpassungen kostenneutral im Ifd. Kindergarten- bzw. Schuljahr 2020/2021 im Einvernehmen mit dem Träger realisiert werden. Der Jugendhilfeausschuss wird im 4. Quartal 2020 über die vorgenommenen Änderungen unterrichtet.

4. Angebotsanpassungen in städtischen Kindertagesstätten und Schulkindbetreuungseinrichtungen haben Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Verfügung stehenden jeweiligen Sachmitteln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 21. Haushaltsoptimierung: Förderung von Kindertagesstätten der freien Träger von Kindertagesstätten und Eltern-Kind-Gruppen - Familiengruppen 20-13127**

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Vorlage 20-13127 abstimmen.

Beschluss:

1. Ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 entfällt die Förderung für Familiengruppen nach dem Pauschalisierten Aufwandsmodell (PAM). Entsprechend entfällt Ziffer 1.1 des Ratsbeschlusses über die Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen vom 19. Dezember 2006 (DS 10877/06) ab 1. August 2020.
2. Bestehende Familiengruppen werden in Absprache mit den jeweiligen Trägern möglichst ab dem Beginn des Kindergartenjahres 2020/2021 als Krippengruppe oder (altersübergrei-

fende) Kindergartengruppe gefördert. Eine Umwandlung erfolgt spätestens zum 01. Januar 2021.

3. Die durch die Umwandlungen der Familiengruppen verursachten Kosten werden durch die Stadt Braunschweig getragen.

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Gegenstimmen beschlossen

- 22. Neufassung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) für die Kinder- und Teenyklubs (KTK), Einrichtungen der Schulkindbetreuung in und an Schulen sowie die KoGS-Betreuungsgruppen der Stadt Braunschweig** 20-13130

Beschluss:

Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kinder- und Teenyklubs (KTK), die Einrichtungen der Schulkindbetreuung in und an Schulen sowie die KoGS-Betreuungsgruppen der Stadt Braunschweig werden mit Wirkung zum 1. August 2020 aktualisiert.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen beschlossen

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber übernimmt die Leitung der Sitzung.

- 23. Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall** 20-12849
- 23.1. Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall** 20-12849-01
- 23.2. Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall** 20-12849-02
- 23.3. Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall - Änderungsantrag zu DS 20-12849-01** 20-13328
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 23.4. Neubau der Sidonienbrücke über den westlichen Okerumflutgraben im Bereich des Hohetorwall - Änderungsantrag zu DS 20-12849-02 und 20-13605** 20-13784
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber teilt mit, dass zu der Vorlage 20-12849 die Ergänzungen 20-12849-01 und 20-12849-02 sowie die Änderungsanträge 20-13328 und 20-13784 vorliegen. Ratsherr Dr. Mühlnickel bringt den Änderungsantrag 20-13328 ein und begründet diesen. Der Änderungsantrag 20-13784 wird von Ratsherr Professor Dr. Dr. Büchs eingebbracht und begründet. Nach der Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst über den Änderungsantrag 20-13228 und anschließend über den Änderungsantrag 20-13784 abstimmen. Danach stellt sie die Vorlage in der Fassung 20-12849-02 zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 20-13328:

Die Pläne zum Neubau der Sidonienbrücke werden so überarbeitet, dass die neue Brücke den einschlägigen Vorgaben der "Empfehlungen für Radverkehrsanlagen" (ERA'10) entspricht. Dabei ist insbesondere die Frage zu klären und zu berücksichtigen, ob aufgrund des aktuellen bzw. zukünftig zu erwartenden Aufkommens von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen eine gemeinsame Führung des Rad- und Fußverkehrs noch angemessen ist, oder ob eine Trennung erforderlich ist. Diese Frage ist ggf. durch die vorgeschaltete Durchführung einer aussagekräftigen Verkehrszählung zu klären. Außerdem soll ein Ortstermin stattfinden, um die Situation vor Ort beurteilen zu können.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt

Beschluss Änderungsantrag 20-13784:

1. Die Verwaltung erstellt eine Planungsvariante, die eine grundlegende Sanierung (inkl. Teilneubau) der bestehenden Brücke in der aktuellen Größenordnung und der aktuellen Lage sowie unter Erhalt des Geländers von 1905 vorsieht. Dabei werden die Kosten einer solchen Lösung nachvollziehbar dargestellt. Dabei wird auch betrachtet, in welcher Weise die den Wallabhang derzeit gerade auf die Brücke hinablaufende Zuwegung vom/zum Hohetorwall (z.B. durch Serpentinen- oder Rautenform o.ä.) so gestaltet werden kann, dass die Steigung rollstuhlgerecht ist, aber Fahrräder nicht mehr in direkter Linie (und mit hoher Geschwindigkeit) in die Brücke einfahren.
2. Ggf. erfolgende Antworten oder Stellungnahmen des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur als oberster Denkmalschutzbehörde sowie des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege auf die Anfrage der BIBS (s. Anlage) werden abgewartet und in der turnusgemäß folgenden Sitzung des PLUA diskutiert.
3. Ausgewiesene Tragwerks- und Brückenbauexperten wie z.B. das Institut für Bauwerksgestaltung und Tragwerk der TU Braunschweig und/oder der Braunschweiger Brückenhistoriker Dipl. Ing. Elmar Arnhold (Arbeitsgemeinschaft Gebautes Erbe) werden gebeten, eine Stellungnahme zum geplanten Brückenneubau sowie zu Sinn, Möglichkeiten und ggf. Kosten der Sanierung der bestehenden Brückenkonstruktion abzugeben. Auch diese Stellungnahmen werden in der turnusgemäß folgenden PLUA-Sitzung nach ihrem Eingang diskutiert.
4. Die o.g. Experten bzw. Vertreter von Behörden sowie RepräsentantInnen anderer betroffener Nutzer- und Interessengruppen wie Wallringforum, Kleinkinder, Fußgänger, Senioren, Behinderte etc. werden wie die Radfahrverbände zu einem Ortstermin und einem anschließenden „Runden Tisch“ im Rathaus eingeladen.
5. Der Eingriff des nach DS 20-12489-02 vorgesehenen Brückenneubaus in die denkmalgeschützten Wallanlagen wird in Form einer 3D-Simulation visualisiert, damit er für alle plastisch begreifbar wird.

Nach Abarbeitung der Punkte 1.-5. erfolgt eine Abwägung der Vor- und Nachteile eines Brückenneubaus wie in DS 20-12849-02 vorgeschlagen und einer Sanierung (Teilneubau) der bestehenden Brückenkonstruktion (inkl. Erhalt des Geländers in Anpassung an die heute geltenden Vorschriften) sowie eine Entscheidung für eine der beiden Planungsvarianten.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Fürstimmen abgelehnt

Beschluss Vorlage 20-12849-02:

Dem Neubau der Sidonienbrücke als integrale Sprengwerk-Rahmenkonstruktion in Stahlbetonverbundbauweise einschließlich der anzupassenden Wegeanbindungen wird zugestimmt.

Abweichend vom vorliegenden Plan (DS 20-12849) wird die Brücke an den Endpunkten mit einer lichten Weite von 4,6 m gebaut. In Brückenmitte wird die Brücke wie im Plan dargestellt auf 6,0 m aufgeweitet.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

24. Fortschreibung des Mietspiegels 2018**20-13098**

Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über die Vorlage 20-13098 abstimmen.

Beschluss:

„Die Neuerstellung der Tabelle 1 der ortsüblichen Vergleichsmieten im Wege der Fortschreibung und die unveränderte Übernahme der Tabelle 2 werden anerkannt. Der Mietspiegel 2020 ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und tritt am 1. September 2020 in Kraft. Die Neuerstellung eines Mietspiegels 2022 wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

25. Förderprogramm für Lastenräder und Lastenpedelecs**20-13573****Beschluss:**

„Die als Anlage beigefügte Förderrichtlinie zur Anschaffung von Lastenrädern und Lastenpedelecs wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Gegenstimme beschlossen

26. Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag**20-13613****26.1. Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag****20-13613-01**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber weist auf die Ergänzung 20-13613-01 zur Vorlage hin. Oberbürgermeister Markurth und die Ratsherren Bratmann und Wendorf nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung der Vorlage teil. Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 20-13613-01 abstimmen.

Beschluss Vorlage 20-13613-01:

„Der als Anlage beigefügten Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zu dem Abwasserentsorgungsvertrag (AEV) vom 23. Dezember 2005 zwischen der Stadt Braunschweig und der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH sowie der Veolia Deutschland GmbH wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

27. Bebauungsplan Rheingoldstraße / Zum Ölpersee, HA 140**20-13544**

Stadtgebiet beiderseits der Rheingoldstraße sowie nördlich der Straße Zum Ölpersee

Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Beschluss:

- „1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und sonstiger Stellen eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 5 und Nr. 6 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan „Rheingoldstraße / Zum Ölpersee“, HA 140, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 28. Braunschweiger Naturschutzpreis; 20-13623**
Verlängerung der Auslobungsfrist bzw. Verschiebung des Natur-
schutzpreises in das Jahr 2021 als Folge der Corona-Pandemie

Beschluss:

"In Anbetracht der coronabedingten Einschränkungen während der Bewerbungsfrist wird der erste Braunschweiger Naturschutzpreis um ein Jahr verschoben bzw. die Bewerbungsfrist bis zum 30. Juni 2021 verlängert. In der Folge wird der für 2021 vorgesehene Klimaschutzpreis ebenfalls entsprechend um ein Jahr in das Jahr 2022 verschoben."

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 29. Errichtung von Erweiterungsbauten für die Gymnasien Ricarda-Huch-Schule und Neue Oberschule 20-13632**
Grundsatzbeschluss und weiteres Vorgehen

Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über die Vorlage 20-13632 abstimmen.

Beschluss:

Die Vergabe, die Errichtung und der anschließende Betrieb des Erweiterungsbaus für das Gymnasium Ricarda-Huch-Schule sowie des Erweiterungsbaus für das Gymnasium Neue Oberschule, werden auf Grundlage des bestehenden PPP-Vertrags mit der Hochtief PPP Schulpartner Braunschweig GmbH folgend der nachstehenden Begründung vorbereitet.

Die Vergabe erfolgt, wenn die Wirtschaftlichkeit des Angebotes nachgewiesen werden kann, durch einen separaten Gremienbeschluss.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen

- 30. Anmietung Business Center III - Nutzerspezifische zusätzliche Ausbauten 20-13800**

Die Vorlage wurde im Verwaltungsausschuss zurückgestellt. Die Beratung entfällt.

Ergebnis:

Die Vorlage wird zum nächsten Gremienlauf zurückgestellt.

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt die Sitzungsleitung.

- 31. Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)**

- 31.1. Entzerrung des Radverkehrs während der Sommerferien 20-13676**
Antrag der Fraktion Die Linke.

- 31.1.1. Entzerrung des Radverkehrs während der Sommerferien 20-13676-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-13676 die Stellungnahme 20-13676-01 vorliegt. Ratsfrau Schneider bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach der Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Auf der Strecke Güldenstr., Lange Str., Küchenstr., Hagenmarkt, Bohlweg, Kennedyplatz, Bruchtorwall, Kalenwall, Gieseler Wall wird zeitnah - spätestens bis zum Beginn der Sommerferien - durch Sperrung eines Fahrstreifens ein Zwei-Richtungsradweg geschaffen.

2. Die Casparistraße wird im selben Zeitraum für den motorisierten Durchgangsverkehr gesperrt. Ein Teil der Parkplätze kann durch Sitzgelegenheiten (Parklets) umgenutzt werden.
3. Im September 2020 werden die Erfahrungen ausgewertet und über eine mögliche Weiterführung entschieden.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Fürstimmen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13676-01 wird zur Kenntnis genommen.

31.2. Kataster für mögliche Pocketparks Antrag der Fraktion Die Linke.	20-13705
31.2.1.Kataster für mögliche Pocketparks - Änderungsantrag zu DS 23-13705 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-13806

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf den zum Antrag 20-13705 vorliegenden Änderungsantrag 20-13806 hin. Ratsfrau Schneider bringt den Antrag 20-13705 ein, begründet diesen und erklärt, dass der Wortlaut aus dem Beschlussvorschlag des Änderungsantrages 20-13806 übernommen wird. Ratsfrau Jalyschko stimmt der Übernahme des Wortlautes zu und begründet den Änderungsantrag 20-13806. Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Antrag 20-13705 in geänderter Fassung zur Abstimmung.

Beschluss (geändert in der Fassung des Änderungsantrages 20-13806):

Die Verwaltung wird gebeten, bis zum Ende des Jahres 2020 Flächenpotentiale für Pocketparks in den hoch verdichteten Stadtgebieten Braunschweigs anhand von nachvollziehbaren Kriterien zu ermitteln und dem Planungs- und Umweltausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Gegenstimme beschlossen

31.3. Klimatische Auswirkung von Beschlüssen transparent darstellen Antrag der Fraktion Die Linke.	20-13706
31.3.1.Klimatische Auswirkung von Beschlüssen transparent darstellen - Änderungsantrag zu DS 13706 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-13805
31.3.2.Klimatische Auswirkung von Beschlüssen transparent darstellen: Änderungsantrag zu DS 20-13706 Änderungsantrag der FDP-Fraktion	20-13826

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zum Antrag 20-13706 vorliegenden Änderungsanträge 20-13805 und 20-13826 hin. Ratsfrau Schneider bringt den Antrag 20-13706 ein und begründet diesen. Der Änderungsantrag 20-13826 wird von Ratsherr Möller und der Änderungsantrag 20-13805 von Ratsherr Dr. Mühlnickel eingebracht und jeweils begründet. Im Anschluss an die Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst den Änderungsantrag 20-13826 und anschließend den Änderungsantrag 20-13805 zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 20-13826:

Die Verwaltung wird gebeten, zukünftig bei allen Maßnahmen und Entscheidungen, die den städtischen Klimaschutz betreffen (z. B. bei Ideen aus dem Maßnahmenkatalog von Fridays for Future), zwingend eine quantitative Darstellung der klimatischen Auswirkungen in die Beschlussvorlage aufzunehmen. Zusätzlich sind immer die finanziellen Kosten des Beschlusses darzustellen. Für die betroffenen Beschlüsse der Ratssitzung vom 14.07.2020 werden die Klimaauswirkungen per Mitteilung an den Rat nachgereicht. Außerdem wird die Verwaltung gebeten, bis spätestens Ende des Jahres 2020 zu prüfen, bei welchen Vorlagen die Darstellung der klimatischen Auswirkungen von Beschlüssen des Rates grundsätzlich sinnvoll und praktikabel ist.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt

Beschluss Änderungsantrag 20-13805:

Die Verwaltung wird gebeten bis spätestens Ende des Jahres 2020 zu prüfen, bei welchen Vorlagen die Darstellung der klimatischen Auswirkungen von Beschlüssen des Rates sinnvoll und praktikabel ist.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen beschlossen

**31.4. Resolution: Keine Entsendung von Braunschweiger Polizisten nach Berlin
Antrag der AfD-Fraktion** 20-13783

**31.4.1.Resolution: Keine Entsendung von Braunschweiger Polizisten nach Berlin
Stellungnahme der Verwaltung** 20-13783-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zum Antrag 20-13783 vorliegende Stellungnahme 20-13783-01 hin. Ratsherr Wirtz bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt solidarisiert sich mit allen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes - insbesondere den Polizisten der Stadt Braunschweig - und fordert, wenngleich Polizeiarbeit Ländersache ist, dass kein einziger Polizist aus Braunschweig wegen dienstlicher Gründe nach Berlin entsandt wird.

Diesen Zuständen kann und soll kein Beamter ausgesetzt werden, der in unserer Stadt seinen Dienst verrichtet.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13783-01 wird zur Kenntnis genommen.

**31.5. Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten
Antrag der SPD-Fraktion** 20-13799

**31.5.1.Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten
Stellungnahme der Verwaltung** 20-13799-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zum Antrag 20-13799 vorliegende Stellungnahme 20-13799-01 hin und erklärt, dass der Verwaltungsausschuss die Verweisung des Antrages in den Wirtschaftsausschuss empfiehlt. Bürgermeisterin Ihbe bringt den Antrag ein, begründet diesen und beantragt, den Antrag zur Beratung in den Wirtschaftsausschuss zu verweisen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag auf Verweisung in den Wirtschaftsausschuss abstimmen.

Beschluss (geändert).

Der Antrag 20-13799 wird zur Beratung in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

bei 1 Enthaltung beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13799-01 wird zur Kenntnis genommen.

**31.6. BSVG: Busse und Stadtbahnen nachrüsten
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²**

20-13810

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass der Verwaltungsausschuss bzw. der Ältestenrat die Verweisung des Antrages in den Finanz- und Personalausschuss empfehlen. Ratsherr Hahn bringt den Antrag ein, begründet diesen und beantragt, den Antrag zur Beratung in den Finanz- und Personalausschuss zu verweisen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag auf Verweisung in den Finanz- und Personalausschuss abstimmen.

Beschluss (geändert).

Der Antrag 20-13810 wird zur Beratung in den Finanz- und Personalausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

bei 5 Gegenstimmen beschlossen

32. Anfragen

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass zu dem Punkt fünf Anfragen vorliegen und fragt nach, ob die jeweiligen Fragesteller eine Beantwortung in der Sitzung wünschen oder eine schriftliche Beantwortung erfolgen kann.

Die Anfragen werden vom 22.00 Uhr bis 22:12 Uhr behandelt.

**32.1. Zukunftskonzept für unsere Städtische Musikschule
Anfrage der CDU-Fraktion**

20-13811

**32.1.1.Zukunftskonzept für unsere Städtische Musikschule
Stellungnahme der Verwaltung**

20-13811-01

Ergebnis:

Die Anfrage 20-13811 wird schriftlich beantwortet (Stellungnahme 20-13811-01).

Die Stellungnahme 20-13811-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

**32.2. Einhaltung von Corona-Auflagen bei Demonstrationen in Braunschweig?
Anfrage der AfD-Fraktion**

20-13695

**32.2.1.Einhaltung von Corona-Auflagen bei Demonstrationen in Braunschweig?
Stellungnahme der Verwaltung**

20-13695-01

Ergebnis:

Die Anfrage 20-13695 wird von Stadtrat Dr. Kornblum beantwortet (Stellungnahme 20-13695-01).

Die Stellungnahme 20-13695-01 wird zur Kenntnis genommen.

**32.3. Neue Handlungsfelder durch kontinuierliche Erhebung von Sozialdaten
Anfrage der Fraktion Die Linke**

20-13801

**32.3.1.Neue Handlungsfelder durch kontinuierliche Erhebung von Sozialdaten
Stellungnahme der Verwaltung**

20-13801-01

Ergebnis:

Die Anfrage 20-13801 wird schriftlich beantwortet (Stellungnahme 20-13801-01).

Die Stellungnahme 20-13801-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

32.4. Freyastraße Süd: Wilde Müllkippe und Einsatz von Herbiziden? 20-13808
Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²

32.4.1. Freyastraße Süd: Wilde Müllkippe und Einsatz von Herbiziden? 20-13808-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Anfrage 20-13808 wird schriftlich beantwortet (Stellungnahme 20-13808-01).
Die Stellungnahme 20-13808-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

32.5. Dächer mit asbesthaltigen Faserzementplatten 20-13742
Anfrage der AfD-Fraktion

32.5.1. Dächer mit asbesthaltigen Faserzementplatten 20-13742-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Anfrage 20-13742 wird schriftlich beantwortet (Stellungnahme 20-13742-01).
Die Stellungnahme 20-13742-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nichtöffentliche Teil entfällt, da keine nichtöffentlichen Mitteilungen und Beschlusspunkte vorliegen. Er schließt die Sitzung um 22:15 Uhr.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin